

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegraphische Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Interate:
Die Gegenpartei stellt 10 Pf.
bei Wiederholung nach Zahl.
Interate für die jährliche Nummer
müssen bis Ende 8 Uhr in der
Expedition Wiesbaden aufgebracht
sein. Schluss der Interatenannahme
in Frankfurt a. M. vom 9. Uhr.

Volksstimme 539.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ abdrucken)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittelsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrh. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Interatenteil: Georg Maier, —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 306

Freitag den 31. Dezember 1915

26. Jahrgang

Der französische Sozialisten-Kongress gegen Verständigung. Vergleichsvorschlag Oesterreichs zum „Ancona“-Fall.

Neujahr 1916.

Wider alle Hoffnung und Sehnsucht steigt das neue Jahr noch im Kriegsgewande heraus, waffenstreuend und blutigrot, nicht im lichten Kleid des Friedens, dessen Glanz die Millionen der vom Krieg Betroffenen entzünden würde. Aber seit jeher, namentlich seitdem der Sozialismus uns die harten Gesetze wirtschaftlicher und politischer Entwicklung gelehrt hat, wissen wir, daß sich Krieg und Frieden nicht nach Sehnsuchtsgefühlen und frommen Wünschen entscheiden. Wenn jemand, so hat uns Marx gelehrt, daß sich Zusammenstöße zwischen mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen auf verschiedener Entwicklungsstufe nicht durch Segensprüche beschwören lassen, sondern ausgekämpft sein wollen bis zur Erreichung eines Zustandes, bei dem die höhere und vervollkommnere Form wirtschaftlichen Zusammenlebens triumphiert. In die Sprache dieser schweren Tage überetzt, heißt das: Die Gegner Deutschlands und Oesterreichs müssen dazu gebracht werden, uns auf unsere intensive und großzügige Art wirtschaftlich zu lassen und für unsere Arbeit neben den alten Weltmächten Gleichberechtigung im offenen Hafen und auf freiem Meer auszusuchen, damit wir die wirtschaftliche Verbindung von Westeuropa mit der Welt vollenden und uns damit Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sichern. Durch unsere fortgeschrittene Technik sind wir den alten Wirtschaftsmächten unbenommen geworden. Aber der Fortschritt der Menschheit liegt nun einmal im Fortschritt der Technik. Daß wir augenblicklich die Träger dieses Vorteils sind, soll gar nicht unser Verdienst sein. Aber einsehen müssen wir für den Sieg der höheren Produktionsform. Dieser Sieg kann und muß kommen, ohne andere zu demütigen, aber er muß jetzt erkämpft werden gegen den beharrlichen Widerstand Englands und Frankreichs, die die ältere Produktions- und Wirtschaftsform gegen die neuere deutsche behaupten zu können glauben. Das ist der Kern und die bisher ungelöste Frage dieses gewaltigen Kampfes, der sich noch bis in das neue Jahr hinein erstreckt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat im vollen und klaren Bewusstsein dieser Zusammenhänge sich solidarisch mit der höheren, von Deutschland erreichten Wirtschaftsorganisation erklärt und ihre Kraft für den Sieg der Seimot eingesetzt. Da das Kriegsschicksal heute noch genau so steht, wie zu Beginn der furchtbaren Kämpfe, wird sie in ihrer großen Mehrheit auch weiter mitkämpfen bis zur Anerkennung der Weltstellung und Gleichberechtigung Deutschlands im Völkergongert, das sich von England und Frankreich die Regeln seiner Wirtschaft und Politik so wenig vorschreiben zu lassen braucht, wie sich diese Staaten ihre Verfassung vorschreiben lassen. Wenn eine Minderheit in der deutschen Sozialdemokratie seit der letzten Reichstagsession von dieser Haltung abzuweichen zu müssen geglaubt hat, so mag sie von den edelsten Gründen geleitet sein, aber sie ist unter der Höhe unserer Aufgaben geblieben. Und zwar nicht etwa deshalb, weil sie Disziplinbruch getrieben hätte. Solche formellen und taktischen Parteifragen wiegen federleicht, wenn es sich um große Existenzfragen der Nation handelt, in der die Partei verankert ist. Auch die Sozialdemokratie muß erst mit ihrer Nation leben, um international sein zu können. Und sie kann eine höhere Wirtschaftsorganisation nicht deshalb unverteidigt lassen, weil diese noch von unseren politischen Gegnern gelenkt und geleitet wird. Das ist aber die kurzfristige Betrachtungsweise der Genossen von der Minderheit: sie demonstrieren gegen die Reichsleitung, weil sie aus unseren politischen Gegnern besteht und weil sie ihr deshalb misstrauen, in einer Stunde höchster Gefahr, in der es gerade gilt, sich durch Einsetzen für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sich mit der deutschen Arbeiterschaft als unentbehrliches Kraftelement in der weltgeschichtlichen Fortentwicklung der Seimot nach außen und innen zu erweisen. Darum geht es uns von der Wehrheit, und deshalb müssen wir die Kriegskredite so lange weiter bewilligen, als aus dem gegnerischen Lager noch kein Zeichen des Verständnisses für die deutsche Wirtschafts- und Arbeitskraft und damit für den dauerhaften und wirklichen Frieden kommt.

Wünschen wir uns also nicht darüber, daß wir ins neue Jahr vorläufig zu neuen Kämpfen gehen! Möge dabei der Selbstbefriedigung innerhalb der deutschen Arbeiterschaft eine Schranke gesetzt werden durch das heiße Bemühen, uns besser

zu verstehen und uns emporzuarbeiten zur Höhe der außerordentlichen, weltwirtschaftlichen Kriesenkämpfe, in denen der Sozialismus gewinnen oder verlieren muß, je nachdem er sich auf die Seite der höheren oder niederen Wirtschaftsform stellt. Und üben wir den mächtigsten Druck für den Frieden dadurch aus, daß wir für die vollkommenere Technik kämpfen. Keine Demonstration und kein Wunsch bringt uns den Frieden auch im neuen Jahre, nur das mutige Eintreten für den wirtschaftlichen Fortschritt, der allein Weltkultur und Weltzivilisation ist!

Franszösische Sozialisten als Durchhalter und Zensoren der Deutschen.

Der französische Sozialistenkongress hat nicht gehalten, was man sich von ihm versprochen durfte. Würde die deutsche Sozialdemokratie jetzt einen Parteitag abhalten, so würde es auch auf ihn einigermassen hant hergehen, aber in einem würde doch völlige Uebereinstimmung herrschen: wie von Anfang so wäre auch jetzt die deutsche Sozialdemokratie bereit, sich mit den ausländischen Genossen, auch den Franzosen, an einen Tisch zu setzen und mit ihnen über ein gemeinsames Vorgehen zur Beendigung des schrecklichen Kriegs zu beraten. Die Franzosen können es aber auch heute noch nicht lassen, Besturen auszusprechen, und es ist sehr bemerkenswert, daß die Haltung der deutschen Fraktionsminderheit ihnen noch nicht genügt. Sie legen sich aufs Pferd und nehmen eine Art Parade ab, wobei es an Kritik nicht fehlt. „Heldenebel: im zweiten Zug die Kerle sind schlecht ausgerüstet; mehr Haltung! mehr Haltung! Sonst gibt es Straferegerien!“ Freilich erfolgt die Kritik in anderen Formen: daß Frankreich das Nord der eleganten Parade ist, erweist sich auch hierbei. In der Sache steht es jedoch so, wie wir sagten. Man lese, wie „Agence Havas“ den am letzten Tage des Kongresses gefassten Beschluß meldet:

Der sozialistische Parteitag endigte mit der Annahme einer langen Motion, die feststellt, daß die sozialistische Partei mit ganz Frankreich unter dem Druck eines äußerst brutalen Angriffes in den Krieg eingetreten sei für das Werk der Landesverteidigung unter Ausschluss jeder Forderung, als das französische Gebiet unter der Herrschaft der Franzosen zu bleiben, als das französische Gebiet nicht befreit ist und die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden nicht bereit sind. Unter Bedingungen für einen dauerhaften Frieden versteht die Partei die Wiederherstellung der kleinen Nachbar-Nationen Belgien und Serbien, die aus ihren Ruinen wieder erweckt werden müssen zu ihrer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit. Die in Europa unterdrückten Völker müssen die freie Selbstbestimmung wiederfinden, und das Band zwischen Frankreich und Elsass-Lothringen, das allein durch die brutale Gewalt im Jahre 1871 durchgeschnitten worden sei, müsse wieder hergestellt werden. Frankreich werde sich dann vorzüglich und gerecht zeigen müssen, indem es von Elsass-Lothringen selbst verlange, daß es auf seinem Willen beistehe, zur französischen Gemeinschaft zu gehören. Die Nation verlange von den alliierten Regierungen, sie möchten jede Eroberungspolitik verwerfen, indem sie sich streng an das Neutralitätsprinzip halten. Aber die Alliierten, die Vorkämpfer des Rechts, schuldten der Zukunft der Welt noch mehr. Die Organisation des Völkerrrechts erfordere der sozialistischen Partei als sicherste Gewähr für einen dauerhaften Frieden. Entweder wird die Welt die Politik der Ultimatum beibehalten und der Krieg Europa in irgend einer neuen Katastrophe untergehen lassen und die menschliche Zivilisation zugrunde richten, oder ganze Nationen müssen in die Politik des internationalen Schiedsgerichtes durch Einräumung der Minderheiten, Abschaffung der Geheimdiplomatie und Schaffung von wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen gegenüber den friedensverderbenden Völkern eintreten. Dann wird die Welt die normale Entwicklung des Friedens und des Fortschrittes ins Auge fassen können. Denjenigen, die verkünden, daß die internationalen Verträge nur feines Papier seien, daß das Völkerricht nur ein Versteck sei, denjenigen, die das Völkerricht verwerfen, wird man die Verpflichtung zum Schiedsgericht aufzwingen müssen, nachdem die Achtung der Unterschriften eine allgemeine Regel unter den zivilisierten Völkern geworden ist.

„Die sozialistische Partei“, heißt es weiter, „verwirft die wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands. Aber der preussische Militarismus ist eine Gefahr für die Sicherheit der Welt und für Deutschland selbst. Er muß gezwungen werden, das Recht wahren zu lassen, indem man ihn so dazu anhält, sich selbst zu zerstören. Der Krieg von 1915 wird alsdann der letzte der Kriege sein können. Die Partei empfiehlt dem deutschen Volke, durch eine Opposition in lebhafter Form gegenüber den Herren des Reiches ein politisches Leben der deutschen Nation auf das Regime des allgemeinen Stimmrechtes zu gründen, wobei die Regierenden vor der Souveränität des Volkes und nicht vor irgend einem Kaiser verantwortlich sein sollen. Die Wieder- aufnahme der Versprechungen mit den deutschen Sektionen wird nur dann ins Auge gefaßt werden können, wenn sie den Grundrissen der Internationale wieder Haltung und Leben zurückgeben, den Imperialismus und seine Eroberungspolitik verwerfen und gegen die Verletzungen des Völkerrichts und der unter die Garantien Europas gestellten Neutralität prote-

tiert haben. Nur wenn diese Bedingungen von der Sozialdemokratie oder der Oppositionsminderheit vollzogen sind, kann eine Wiederaufnahme der Beziehungen ins Auge gefaßt werden. Die Partei hofft, daß die wachsende Minderheit der deutschen Sozialdemokratie die Ehre des internationalen Sozialismus selbst retten und vielleicht die Erneuerung und das Heil des deutschen Volkes vorbereiten werde.

Der Kongress beauftragt die gewählten Sozialisten, fortzuführen, durch die Annahme der Kredite zur Verlängerung des Krieges sich an der Landesverteidigung zu beteiligen, und erklärt, daß er sich hinsichtlich des Sonderfriedens des Völkerrichts im Unterhause anschließen. Der Kongress ruft schließlich allen Risikopartnern mehr als je die gebieterische Notwendigkeit der Einigkeit in der Partei in Erinnerung.“

Worte, Worte; sogar viel schöne Worte. Aber die Handlung, auf die es ankommt: die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen, die Voraussetzung einer ernsthaften, ausschüttenden Friedensaktion (denn auf der Gegenseitigkeit muß alles beruhen!) — die fehlt. „Du sprichst vergebens viel, um zu versagen; der andere hört von allem nur das Nein.“ Wenn wir unser Gehör anstrengen, um die Feinheiten zu unterscheiden, auf die es ja in der Tat ankommen kann, so bleibt doch immer die Weigerung, in irgend einer Weise mit der deutschen Sozialdemokratie zusammen zu arbeiten. Erst müssen die deutschen Sozialdemokraten — ja was denn tun? Die Ablehnung der Kriegskredite genügt den Franzosen nicht, sie würden sonst wenigstens mit der deutschen Minderheit in Verbindung treten. Nicht muß so sein, man kann sich allerlei dabei denken. Aber wenn man mehr geistig, wenn die ganze sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kredite ablehnen, der Klassenkampf auf breiter Grundlage in Deutschland entbrennen, Strafs in Munitionsfabriken die Heeresverfälschung gefährden würden und noch manderlei dazu käme: was dann würde dann die französische Sozialdemokratie sich entschließen wenigstens zur Ablehnung der Kriegskredite? Ei bewahre: die deutsche Sozialdemokratie könnte dann ganze Trauerspiele Robespierre beibringen, die französische Sozialdemokratie würde ihr attestieren, so kämpfe sie recht für die Freiheit auch Deutschlands. Aber Gegenseitigkeit im Handeln gäbe es beileibe nicht, denn erst müßte doch die Misfietat gerochen, erst der preussische Militarismus zertrümmert werden. Als erst so weit, dann mag das deutsche Volk und das Deutsche Reich der Schuld der Entente empfohlen sein: die französischen Sozialisten lehnen die „politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands“ ab; freilich: wenn der Gewalttätigkeit der englischen Seelords und der Erobererdrone Völkchen das dann anders verfahren, so sind die französischen Sozialisten außer aller Schuld. Denn sie sind ja guten Willens, heilsamer Vorsätze voll und mit menschenheitsbeachtenden Absichten vollgestopft, daß sie nur so herauswurzeln, wenn einer rüttelt...

Dem „Matin“ zufolge hat der Sozialistenkongress den Beschluß gefaßt mit 2736 Stimmen gegen 76 Stimmen, bei 102 Stimmenthaltungen angenommen.

Edouard Vaillant und Elsass-Lothringen.

In der „Humanité“ vom 19. Dezember schreibt Genosse Gustave Rouman seine Erinnerungen an Vaillant. Er erzählt unter anderem folgende Episode:

„In meiner Erinnerung ist ein Wort, das ihm eines Tages entfloß, als ich mich mit ihm und Jaures auf einer Reise nicht weit von Straßburg befand. Wir fuhren nach Stuttgart (1907) — es war am Morgen nach dem Kongreß von Nancy, wo Vaillant zum ersten Male seinen berühmten Antrag gestellt hatte, daß man eher zum Generalfriede oder zur Injunktoren gehen müsse, als daß man einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich geistig folle. Vaillant blickte durchs Fenster. Plötzlich drehte er sich zu uns um und sagte, indem er mit der Hand aufs elssische Land zeigte:

„Welch schönes französisches Land! Denn dies alles ist noch ein Stück Frankreich!“

„Und seine Stimme bebte vor unaussprechlicher Erregung. Und ganz gerührt erzählte er uns von seinen Sympathien, die er als Student mit seinen deutschen oder elssischen Kommilitonen von Heidelberg nach Straßburg zu machen pflegte. Vaillant sagte:

„Als wir am Rhein anlangten, haben wir auf dem anderen Ufer den Boden Frankreichs und den Turm der Kathedrale zu Straßburg.“

Die I. K. bemerkt dazu: Aus Roumans Erzählung geht mit aller Klarheit hervor, daß auch die am meisten international denkenden Sozialisten Frankreich mit allen Fasern ihrer Herzen an Elsass-Lothringen hängen. Im Geistesleben des französischen Sozialismus sind zwei Beweggründe, aus denen miteinander verknüpft und ineinander verschlungen, in Wirklichkeit: glühender Patriotismus und Liebe zur sozialen Gerechtigkeit. Es ist gerade der auf die Spitze getriebene Patriotismus der französischen Sozialisten, der zuweilen antipatriotische Reaktionen erzeugt. Bessere haben also ihren Ursprung nicht im revolutionären Denken, sondern im Ueberpatriotismus. Wo dieser nicht vorhanden ist, werden auch jene nicht auftreten.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 30. Dez. (B. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Nacht zum 29. Dezember misglückten englische Versuche, nordwestlich von Lille durch Ueber- raschung in unsere Stellungen einzudringen.

Eine kleine nächtliche Unternehmung unserer Truppen südöstlich von Albert war erfolgreich und führte zur Gefangennahme von einigen Dutzend Engländern.

Am Hartmannsweilerkopf wurden gestern die in französischer Hand gebliebenen Grabenstücke zurück- erobert.

Im übrigen fanden an vielen Stellen der Front bei günstigen Beobachtungsverhältnissen zeitweise lebhaftere Feuer- kämpfe statt.

Auch die Fliegertätigkeit war beiderseits sehr rege. Ein feindliches Geschwader griff die Orte Berwick und Menin und die dortigen Bahnanlagen an. Militärischer Schaden ist nicht angerichtet, dagegen sind sieben Einwohner verletzt und ein Kind getötet. Ein englisches Flugzeug wurde nordwestlich von Combray im Luftkampf abgeschos- sen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Schloß, sowie an mehreren Stellen der Frontgruppe des Generals von Linsingen wurden Vortöße russischer Jagd-Kommandos abgewiesen.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer wiesen österreichisch-ungarische Truppen den Angriff starker russischer Kräfte gegen den Brückenkopf von Burkanow an der Strypa ab. Neben starken blutigen Verlusten büßte der Feind etwa 900 Gefangene ein.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 30. Dez. (B. V. Amtlich.) Amtlich wird verlautbart: 30. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe in Ostgalizien nahmen an Umfang und an Heftigkeit zu. Der Feind richtete gestern seine An- griffe nicht nur gegen die beharabische Front, sondern auch gegen unsere Stellungen östlich der unteren und mittleren Strypa. Sein Vordringen scheiterte meist schon unter dem Feuer unserer Batterien, wo dies nicht geschah, brachen die russischen Sturmkolonnen in unserem Infanterie- und Maschinengewehrfeuer zusammen. Im nördlichsten Teile seines gestrigen Angriffsfeldes vor dem Brückenkopf von Burkanow ließ der Gegner 900 Tote und Schwerver- wundete zurück. Es ergaben sich hier drei Fahnrige und 870 Mann. Die Gesamtzahl der gestern in Ostgalizien ein- gebrachten Gefangenen übersteigt 1200. An der Pula und an der Putilowka kam es stellenweise zu Geschützkämpfen, am Kornubach und am Strypa wiesen österreichisch- ungarische und deutsche Truppen mehrere russische Vor- stöße ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Front wurden feindliche Angriffs- versuche auf Lorbale und gegen den Monte Carbonise durch unser Feuer zum Stehen gebracht. Auf den Hängen nördlich des Tonale-Passes versuchten die Italiener unter Mißbrauch der Genuer Flagge ihre Drahthindernisse auszubauen. Sie wurden beschossen. Auf der Hochfläche von Dobers fanden lebhafteste Minenverfechtungen statt, die bis in die Nacht hinein anhielten.

Genilleton.

Hat es ein Sozialistengesetz gegeben?

Aus den Kriegsoffenbarungen des St. Silvester. Von David August Gung.

Auch St. Silvester ist ein Katt; hier läßt er das Kartennetz aus, unter solchen Kapiteln ein Produkt bittre Wahrheit an den Mann zu bringen. Wer die Medizin vertragen kann, dem hilft sie; wer sich durch ärztliche, an dem ist „Gepfen und Wels“ verloren.

Ein Parteigenosse, der sich zurzeit mit besonderem Eifer auf allen Gebieten menschlichen Wissens und Geschehens die Aufklärung des deutschen Proletariats angelegen sein läßt, sendet uns, wie er selbst schreibt, in vorgerückter Stunde des Unternehmens den folgenden Beitrag. Er wird vielleicht im ersten Augenblick diesen oder jenen betreffen, aber es bedarf nur ein wenig Ausdauer und Geduld, dann wird man sich auch daran gewöhnen. Unser Mitarbeiter schreibt uns also: Zu den hartnäckigsten Mägen, mit denen die Welt unserer Feinde die Zustände in unserem deutschen Vaterlande ver- leumdet, gehört auch die Behauptung, daß die deutschen Ar- beiter zwölf Jahre lang durch ein Ausnahmengesetz — das Sozialistengesetz — verfolgt, geknechtet worden seien. Auch in diesem Falle müssen wir leider bekennen, daß wir selbst in früheren Zeiten durch unser Verhalten dem feindlichen Aus- land Anlaß gegeben haben, solche törichte Einbildungen in sich aufzunehmen und dadurch ihre angeborene Unwissenheit über deutsche Verhältnisse noch zu steigern. Und solche Vor- stellungen sind nicht ungefährlich; denn sie sind geeignet die Mächte der Entente in ihrem Wahn zu erhalten, daß das deutsche Proletariat nicht geschlossen zur Sache der Nation stehe, und damit tragen solche Reden zur Verlängerung des Krieges bei. Mitin ist es hohe Zeit und ernste Pflicht, unseren Friedenswillen auch dadurch zu bekunden, daß wir endlich mit der Fabel vom Sozialistengesetz aufzuräumen, das es niemals gegeben hat und dessen Existenz lediglich in der Phantasie von Reuter und Sabas begründet, eine systemati- sche Freiführung, die freilich, wie schon erwähnt, durch ge-

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 29. früh hat eine Flottille von fünf Zerstörern und der Kreuzer „Helgoland“ das französische Unter- seeboot „Mance“ vernichtet; der zweite Offizier und 15 Mann sind gefangen genommen. Darauf wurden im Hafen von Durazzo ein Dampfer und ein Segler durch Geschützfeuer versenkt und das Feuer mehrerer Landbatterien zum Schweigen gebracht. Dabei stießen zwei Zerstörer auf Minen, „Lila“ ist gesunken, „Triglav“ wurde schwer beschädigt. Der größte Teil der Mannschaft ist gerettet. „Triglav“ wurde ins Schlepptau genommen, mußte jedoch nach einigen Stunden versenkt werden, da mehrere überlegene feindliche Kreuzer und Zerstörer den Rückzug der ganzen Flottille bedrohten. Unsere Flottille ist in den Vah- senen zurückgekehrt. Unter den feindlichen Schiffen wurden nur einziges Kreuzer Typ „Bristol“ und „Galmouth“, sowie französische Zerstörer Typ „Douchet“ deutlich erkannt.

Flottenkommando.

Aus Paris wird gemeldet: „Das Marineministerium teilt mit: Einer österreichisch-ungarischen Flottendivision, die Cattaro verlassen hatte, um Durazzo zu beschließen, führen die Geschwader der Allierten entgegen. Der österreichisch-ungarische Torpedobootzerstörer „Lila“ stieß auf eine Mine und sank, der Zerstörer „Triglav“ desselben Typs wurde von den Allierten vernichtet. Die übrigen feindlichen Schiffe wurden verfolgt und zogen sich fluchtartig in ihre Operations- basis zurück.“

Während also der österreichisch-ungarische Bericht die Ver- luste bei der Teile nennt, verschweigt der französische Be- richt die eigenen Verluste. Und den französischen Blättern ist es verboten, die österreichisch-ungarischen Berichte abzudrucken. Glücklich Franzosen: ihre Regierung behütet sie vor schäd- lichen Gemütsregungen.

Vergleichsvorschlag zum „Ancona“-Fall.

Oesterreich-Ungarn hat an Amerika eine Antwortnote er- teilt, die im Wesentlichen anerkennt, daß feindliche Privat- schiffe, soweit sie nicht fliehen, oder Widerstand leisten, nicht vernichtet werden dürfen, ohne daß die an Bord befindlichen Personen in Sicherheit gebracht werden. Wie es bei der Ver- sentung der „Ancona“ herging, das schilbert die Note also:

Am 7. November 1915, 11 Uhr 40 Min. vormittags, bemerzte der Kommandant des Unterseebootes auf 38040 Nord und 1008 Ost bei unklarer Wetter, wie plötzlich in Entfernung von rund 3000 Metern aus dem Nebel einen Strich Steuerbord die Umrisse eines großen italienischen Dampfers auszuweisen. Er hielt ihn anfangs für einen Transportdampfer, drehte es und schloß dann aus dem achtern Geschütz offenen weitliegenden Wärmungsstrahl. Gleichzeitig leuchtete er das Signal: „Verlassen das Schiff!“ Der Dampfer stoppte nicht, sondern wandte vielmehr ab und versuchte zu entkommen. Der Kommandant blieb zunächst einige Minuten ge- kloppt liegen, ohne die Entfernung zu vergrößern, da er befürch- tete, daß der Dampfer ein U-Bootgeschütz habe und mit demselben gegen das Unterseeboot feuern werde. Als die Distanz 4500 Meter betrug, ließ er mit ganzer Kraft die Verfolgung aufnehmen und feuerte mit dem vorderen Geschütz bei abnehmender Entfernung 18 Granaten, unter denen er drei Treffer beobachtete. Während der Verfolgung ließ der Dampfer im Jiback und stoppte erst nach dem dritten Treffer. Darauf stellte der Kommandant das Feuer ein. Schon während der Flucht hatte der Dampfer in voller Fahrt einige Boote mit Menschen von oben fallen lassen, die folglich len- terten. Nach dem Stoppen begann er Boote auszusenden. In einer Entfernung von etwa 2000 Metern sah der Kommandant, daß sechs Boote voll besetzt wurden und schnell dem Dampfer fortzudringen; ein weiteres Boot war gekentert und schwamm fliegend. Die Leute hielten sich an herunterhängenden Tauen und an dem ge- senkten Boot fest. Während der weiteren Annäherung des Unter- seebootes sah der Kommandant, daß an Bord große Panik herrschte und daß er es mit einem Passagierdampfer, nämlich der „Ancona“ aus Genua, zu tun hatte. Er ließ deshalb den Jiback des Dampfers mehr als die erforderliche Zeit, um das Schiff auf den Rettungsbooten zu verlassen. In Bord waren noch mindestens zehn Rettungsboote, die zu der Rettung der noch an Bord befindlichen

Personen mehr als genügt. Einige von diesen Booten hingen vollbesetzt und half angeblich an den Bootsräumen. Da aber im übrigen keine weiteren Anhaltspunkte getroffen wurden, die Boote aus- zusehen, beschloß der Kommandant nach Ablauf von 45 Mi- nuten, das Schiff betari zu torpedieren, daß es noch längere Zeit über Wasser bleiben würde, damit einerseits die Ausbuchtung be- schleunigt würde und andererseits hinreichend Gelegenheit bliebe, um die noch an Bord befindlichen Menschen zu retten.

Kurz darauf wurde ein Dampfer sichtbar, der mit großer Rauch- entwicklung auf die „Ancona“ zuhielt und anscheinend durch Funk- spruch der „Ancona“ herbeigerufen worden war. Da der Untersee- bootkommandant mit einem Angriff des Dampfers, den er für einen feindlichen Kreuzer hielt, rechnen mußte, tauchte er, nachdem er um 12 Uhr 35 Min. nachmittags aus 800 Meter Ent- fernung einen Torpedoschuß in den vorderen Bodensegment der „An- cona“ hatte absetzen lassen. Die „Ancona“ machte nach dem Schuß eine Krängung von etwa 10 Grad nach Steuerbord; dabei wurde versucht, das halb ausgebreitete Rettungsboot vollends auszuheben. Es rief jedoch ab und fiel ins Wasser. Das Boot schwamm ziel- los weiter, und die Leute hielten sich an Vordränge fest. Von den übrigen Booten wurde keines mehr ins Wasser gelassen, obwohl nach Personen an Bord deuten wurde. Der Dampfer richtete sich allmählich auf geradem Kiel auf und ging so langsam tiefer, daß der Kommandant des Unterseebootes anfangs bezweifelte, ob der Dampfer versinken würde. Erst um 1 Uhr 20 Min. sank er nach längerem parallelen Zickzack mit dem Bug zuerst. Wäh- rend dieser weiteren 45 Minuten hätten alle noch an Bord befind- lichen Personen ohne Hilfe auf den vorhandenen Booten gerettet werden können. Aus dem Umstand, daß dies weder Erwarten nicht geschah, schloß der Kommandant, daß die Mannschaft nieder alten Seemannsbrauch auf den ersten Booten die eigene Rettung bewerk- stelligte und die ihrem Schicksal anvertrauten Passagiere sich selbst überlassen hatte. Das Wetter war zur Zeit des Vorfalls gut und die See ruhig, so daß die Rettungsboote ohne Gefahr die nächste Küste hätten erreichen können, wie denn auch tatsächlich die Ret- tungsboote nur bei dem unglückseligen Aussehen, nicht aber erst nach dem Streichen im Wasser zu Schaden gekommen sind. Der Verlust des Menschenleben ist keineswegs in erster Linie auf das Sinken des Schiffes zurückzuführen, sondern, und aller Wahrschein- lichkeit nach in viel höherem Maße, auf das Hinunterwerfen der ersten Boote in voller Fahrt, sowie darauf, daß die Besatzung, nur auf sich bedacht, die Passagiere der gekenterten Boote nicht rettete, wohl auch auf die Gefasche, die das sinkende Schiff trafen; aber auch der Tod der Personen, die mit dem Dampfer versanken, ist vor allem dem pflichtwidrigen Verhalten der Mannschaft zuga- schrieben.

Es wird dann weiter auseinandergelegt, daß die ameri- kanische Regierung jedenfalls über mangelnde Einzelheiten falsch unterrichtet war. Nochmals wird scharf betont, die Ret- tung der Passagiere hätte gelingen müssen, wenn die Besatzung der „Ancona“ die Passagiere nicht pflichtwidrig im Stich ge- lassen hätte. Dann aber heißt es weiter:

Bei aller Würdigung dieses auf die Rettung der Be- satzung und der Passagiere hingelenen Vorgehens des (U-Boot-) Kommandanten ist die kaiserliche und königliche Marinebehörde aber zu dem Schluß gekommen, daß er es unterlassen habe, auf die unter den Passagieren entstandene, das Ausbooten erschwerende Panik, auf den Geist der Vor- schrift, daß die kaiserlich und königlichen Seeoffiziere in Not niemandem, auch dem Feinde nicht, Hilfe verweigern sollen, hinreichend Bedacht zu nehmen. Sogar ist der Offizier wegen der Ueberschreitung seiner Instru- tionen gemäß den hierfür geltenden Normen bestraft worden.

Schließlich wird Schadloshaltung angeboten, immer unter dem Vorbehalt, daß die Beschießung des Schiffes gerechtfertigt war.

Die Antwort wird voraussichtlich die erregten Gemüter in Amerika beruhigen. Auch so schon hatten hervorragende Mitglieder des Kongresses die Meinung ausgedrückt, Wilsons Note sei zu scharf gewesen.

„Für die Freiheit der Meere.“

Der Stadt Salonik — so heißt es im Leitartikel des „Avanti“ vom 21. Dezember — drohen jetzt infolge des un- rühmlichen Rückzuges der französisch-englischen Truppen Be- schiedung und Zerstörung. In ehrlichem Jora hierüber schreibt das italienische Sozialistenblatt:

Weshalb müssen die großen wirtschaftlichen internationalen Gre- läßen einzelnen Nationen gehören? Weshalb muß die Beschrän- kung des Innenlandes je nach dem Willen der die Häfen beherr- schenden Mächte herben, Tribut zahlen oder wirtschaftlich dienen? Weshalb durfte England mit Gewalt oder List seiner Staatsmänner die Handelswelt in den Schraffot seiner See-

Und was hätte man erreichen wollen? Es ist richtig, es gab eine kleine Gruppe verräucherter Arbeiterfeinde, welche unausgeseht die Arbeiterbewegung lästerte und verfolgte. Sie betrachteten die Arbeiter als Sklaven und jede politische oder wirtschaftliche Betätigung der Arbeiter war ihnen ein Greuel. Aber diese Handvoll Reaktionäre war ohne jeden Einfluß auf die Regierung und die Parteien des Reichstags. Gerade in jenen Jahren hatte sich ja der Umschwung vom Wanderschaft zum Schutz der nationalen Arbeit vollzogen. 1876 war das Hilfskassengesetz zustande gekommen. Die Kathedersozialisten waren seit ihrer 1872 erfolgten Organisation in wachsendem Einfluß begriffen. Und wie Bismarck persönlich dachte, das mußte man ja hinlänglich aus seinen Beziehungen zu Raffale, aus jenem Kampf gegen die Liberalen, denen einst das Organ des Reichspräsidenten, die „Norddeutsche Allgemeine Zei- tung“, den Satz entgegengesendet hatte: „Möge der Ar- beiterstand einer Bourgeoisie, welcher es zu wohl ist, über- lassen, sich auf das Glatteis dieses Experiments einer parla- mentarischen Regierung zu begeben, möge er aber auch end- lich einsehen lernen, daß für ihn selbst von diesen „Volks- rechten“ nichts anderes abfallen werde, als die Freiheit — zu darben.“ Und ein Mann, der so dachte, sollte der Bour- geoisie, von der noch dazu bloß ein kleines Häuflein so arbeiterfeindlich gefinnt war, das Proletariat geknebelt aus- liefern? Lächerlich, dergleichen auch nur zu träumen.

Aber, wird man einwenden, es muß doch irgend etwas damals geschehen sein, denn ganz ohne Feuer ist doch kein Rauch. Der wahre Kern des übrigen Bürgertums ist kurz folgender: Es hat sich damals in der Tat etwas ereignet, nur das Umgekehrte von dem, womit das Ausland noch heute die leichtgläubigen und betörten Völker vor Deutschland graulich zu machen sucht. Die Staatsgewalt hat keinen Ueberfall auf die Arbeiter unternommen, vielmehr sah sich der Staat in der Notwehr genötigt, im Interesse seiner Selbsthaltung, zur Verteidigung seiner Kultur, gegen eine kleine Organisation verblendeter Menschen einzuschreiten, von Raismördern, die durch Verbrechen die staatliche Ord- nung auflösen, die Sicherheit von Person und Eigentum zer- stören wollten. Die Attentate von Gödel und Nobiling liegen kein anderes Mittel der Abwehr übrig, als den Ausbruch der Strafgesetzbuchung zur Sicherung gegen die Gefahr, daß sich solche Ueberfälle jemals wiederholen könnten. Diejenigen,

wie polemische Unsitte unserer Partei — in einer glück- licherweise nunmehr überwundenen Vergangenheit — be- günstigt wurde.

Schon das geringste Nachdenken müßte den Unsin der Behauptung offenbaren, daß die deutsche Regierung und der deutsche Reichstag im Jahre 1878 die deutsche Arbeiterkraft mit einem ausnahmsweise Krieg auf Tod und Leben überfallen habe. Wäre es nicht heller Wahnsinn gewesen, wenn die paar Regierenden und die verhältnismäßig wenigen Angehörigen der besitzenden Klassen — deren geringe Zahl wir Sozialdemokraten ja gerade in unserem noch wie vor unüberwindlichen Programm betonten — die riesige Ueber- macht der Millionen von Besitzlosen hätten angreifen wollen? Sie wären ja in ihr eigenes Verderben gelaufen. Dazu kommt die politische und wirtschaftliche Lage, in der sich das Deutsche Reich befand, um derlei Pläne für die Regierung als geradezu tollhässlich, national selbstmörderisch erschei- nen zu lassen. Man denke: Das Deutsche Reich, kaum erst aus dem Kriege zurückgekehrt, notdürftig zurecht gerüstet, ewig bedroht von dem Erbfeind im Westen, der Tag und Nacht unablässig auf seine Revanche sann. Sollte man den zum Angriff reizen, indem man im eigenen Lande den Bürgerkrieg entfesselte? Aber weiter: Kann wirklich irgend jemand auch der verblendeten Regierung zutruhen, daß sie in einer Zeit, da Deutschland erst mühselig begann, seine Industrie gegenüber der englischen Uebermacht zu entwickeln, die deutsche Wirtschaft zum Tode verurteilen würde, indem sie die produktiven Kräfte der Industrie, die Arbeiter, nieder- warf, aus dem Lande trieb? Und es gehört ja zu diesem geschichtlichen Annemärchen, zu erzählen, daß die deutschen Arbeiter sogar aus dem Reich ausgewiesen wurden, die man wahrlich nötig genug dort brauchte.)

Endlich genügt ein Blick auf die damalige innere Lage um den letzten Rest des Glaubens an jene einfältige und törichte Dichtung zu verlieren. Den Fürsten Bismarck nannte man zwar den Allmächtigen. Tatsächlich aber hatte er nie- mals eine zuverlässige Mehrheit hinter sich. Die Mehrheit des Reichstags stand in offener oder geheimer Opposition zu ihm. Insbesondere war es doch völlig undenkbar, daß die ausschlaggebende Partei, die Liberalen, die Art an die Wurzel derselben Verfassung hätten legen sollen, die sie selbst kurz zuvor geschaffen hatten.